

Beschlüsse des 38. Landesparteitages der CDU Berlin

Freitag, 27. Juni 2014

Mission „Smart City Berlin“

Stadt der Zukunft: Neue Chancen entschlossen nutzen

Die Zukunft hat bereits begonnen. Schon heute kommunizieren digitale Geräte in Echtzeit miteinander, um unsere Bedürfnisse zu erfüllen und unser Leben zu vereinfachen. Beim Konzept der sogenannten Smart City geht es zum einen darum, bereits vorhandene Infrastruktur in neuer Weise zu vernetzen, aber auch innovative Techniken und Produkte in das Alltagsleben der Stadt zu integrieren – beispielsweise alternative Antriebe für öffentliche Verkehrsmittel oder eine App, die bei der Parkplatzsuche hilft. Die Berlinerinnen und Berliner können viel Zeit, Geld und Mühe sparen, wenn sie die Synergien verschiedener Teilsysteme einer Metropole nutzen.

Smart City als Garant für Lebensqualität

Berlin ist attraktiv für seine Bewohner und wird in den kommenden Jahrzehnten stark wachsen. Die CDU Berlin möchte, dass Berlin auch in Zukunft eine lebenswerte Metropole bleibt. Für eine lebenswerte Stadt der Zukunft müssen soziale und technische Innovationen miteinander kombiniert werden. Zudem ist ein Schwerpunkt auf die ökologische Nachhaltigkeit zu setzen. Der Schlüssel zur Integration dieser Zieldimensionen liegt im Smart-City-Ansatz. Smart-City-Lösungen werden es ermöglichen, Strukturen kreativer, sauberer, gesünder und gleichzeitig effizienter zu gestalten. Kluge Infrastruktur-Lösungen bedeuten einen Gewinn an Lebensqualität für die Berlinerinnen und Berliner.

Berlin zur führenden Smart City in Europa machen

Die CDU Berlin möchte die Hauptstadt bis zum Jahr 2030 zur führenden Smart City in Europa machen. Berlin soll sich als Referenzstadt profilieren, in der innovative Lösungen entwickelt werden, die vor Ort angewandt und weltweit exportiert werden. Hierfür setzt die CDU Berlin auf einen breiten Ansatz. Das Smart-City-Spektrum reicht von industriellen Technologien, Energiemanagement, Verkehrsprojekten und Elektromobilität über Wohngebäude und Arbeitsabläufe bis hin zu nachhaltigen Ver- und Entsorgungssystemen.

Das breite Themenspektrum zeigt: Es handelt sich bei der Verwirklichung der Smart-City-Strategie um eine umfassende Gestaltungsaufgabe. Dementsprechend muss Smart City eine Querschnittsaufgabe im Senat sein.

Berlin hat ein riesiges Potential

Unsere Stadt bietet als Innovationstreiber für Smart-City-Technologien beste Voraussetzungen. Dafür bürgen sieben Universitäten, 40 private und staatliche Hochschulen und mehr als 70 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Hinzu kommen eine starke Gründerszene, die Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen sowie eine technologieorientierte Industrie. Auch der Vorrat an Flächen ist ein Vorteil Berlins. Diese enormen Potenziale möchte die CDU Berlin entschlossen nutzen. Es gilt, über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg daran zu arbeiten, die Hauptstadt smarter zu machen.

Unter Federführung der CDU-geführten Wirtschaftsverwaltung sind bereits eine Reihe von Projekten initiiert worden. Abgeordnetenhaus und Senat müssen jetzt den geeigneten Rahmen festlegen, in dem Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger dann innovative und nützliche Konzepte erproben können.

Auf den richtungsweisenden Initiativen unserer Stadt aufbauen

Es existiert in Berlin bereits eine Vielzahl an Referenzorten mit Leuchtturmcharakter. Hier kommen smarte Lösungen, bei denen Berlin weltweite Aufmerksamkeit erreicht, zur Anwendung und werden erlebbar gemacht. Zu den richtungsweisenden Zukunftsorten unserer Stadt zählen insbesondere

- der EUREF-Campus,

- der Clean Tech Business Park,
- der Technologiepark Adlershof,
- die Urban Tech Republic in Tegel und
- die Green Health City Buch.

„Smart City Berlin“ muss auch die Netzwerke und Plattformen nutzen, die bereits bestehen und die jetzt kreativ weiterzuentwickeln sind. Bei ihrer weiteren Optimierung können bewährte Berliner Partner helfen, wie beispielsweise

- die Fraunhofergesellschaft für die Gesamtstrategie,
- das InnoZ im Bereich der modernen Mobilität,
- das Konrad-Zuse-Zentrum (ZIB) in der Informationstechnik,
- die TU Berlin für alle Smart Grid-Fragen und
- das Kompetenzzentrum Wasser Berlin für alle Schnittstellen von Energie, Wasser und Informationstechnik.

Die vielen Experimentierlabore und Zukunftsorte sind Schnittstellen zwischen neuartigen Ideen, kreativen Köpfen, Unternehmensgründern und industriellen Anwendern. Sie sind weiter zu stärken.

Smarte Wirtschaft

Es gilt, die bereits eingebrachten Lösungsvorschläge von vielen Akteuren zu bündeln und umzusetzen, sei es in den Bereichen Elektromobilität, Industrie 4.0 oder intelligentes Wohnen. Diese Ergebnisse sind in einem „Masterplan Smart City Berlin“ zusammenzufassen. Hierin werden die Handlungsfelder für neue Referenzprojekte definiert und Einzelaktivitäten unter einem Dach zusammengeführt.

Die zu entwickelnden Vorstellungen müssen in einem zweiten Schritt wohldurchdacht visualisiert werden, um die Bürgerinnen und Bürger dafür zu begeistern. Hierzu sollte ein Stadtplan veröffentlicht werden, in dem bereits vorhandene und neu angestrebte smarte Infrastrukturen verzeichnet sind. So wird die Präsenz der Zukunftstechnologien für die Bürgerinnen und Bürger greifbar.

Im Bereich der Wirtschaft soll ein Kompetenzzentrum Industrie 4.0 aufgebaut werden. Zielgerichtet muss die Wertschöpfung nach Berlin gebracht werden. Im Kompetenzzentrum kann die Produktion in einer Metropole „neu gedacht“ werden. Mit dem Kompetenzzentrum soll aufgezeigt werden, was digitale Fabrik eigentlich heißt, welche Wertschöpfungselemente damit verbunden sind und welche Vorteile Unternehmen daraus generieren können.

Die weltweit besten Ideen als Inspiration nutzen

Auf dem Weg zur technologischen Schlaustadt sollte sich Berlin auch an den neuesten Erfahrungen orientieren, die weltweit bereits zu dieser Aufgabenstellung gesammelt werden, unter anderem an dem „Smart City“-Knowhow der Stadt Wien, den „Smart City“-Strategien der spanischen Stadt Cugat (z. B. „Smart Environment“), der „HotCity Luxemburg“ (z. B. „HotCity Walker“) und der „Panasonic-City“ in der Nähe von Tokio.

Inspirierend sind auch Leuchtturmprojekte aus Amsterdam und Nizza. Beide Städte haben je eine große Einkaufsstraße mit intelligenter Parkraumbewirtschaftung und Logistik, Klimadatenerhebung, freiem WLAN, einem smartphonegesteuertem Terminvereinbarungssystem und anderen technischen Kniffen ausgestattet. Auch ein Beispiel aus Rio de Janeiro überzeugt. Dort sind QR-Codes im Pflaster eingelassen, die den Besucher über sein Smartphone mit Informationen zu Sehenswürdigkeiten versorgen.

Smarte Mobilität - Elektromobilität wird erFAHRBAR

Die Bürgerinnen und Bürger sollen integrierte E-Mobilität in einem Kiez/Quartier erfahren. Dazu wird dort konzentriert die notwendige Ladeinfrastruktur errichtet, beispielsweise im Rahmen eines Eco-Mobility-Festivals. Die Infrastruktur verbleibt im Anschluss vor Ort, um diese dann ggf. (z.B. einen Monat

lang) kostenlos zur Erprobung anbieten zu können. So entstehen ein Anstoß und eine anschließende Keimzelle für private E-Mobility in der City.

Arbeitgeber sollen ein Signal zur Etablierung und Sichtbarkeit alternativer Antriebsformen setzen. Dazu sollen sie in ihren Fuhrparks E-Mobilität integrieren und z. B. durch Ladepunkte ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Anreiz zur Anschaffung von elektromobilen Fahrzeugen geben. Auch eine kombinierte geschäftlich-private Flottennutzung (sogenanntes corporate carsharing) soll möglich werden, um Fuhrparke von Unternehmen effizienter zu verwalten.

Eine B2B-Plattform ermöglicht eine bessere Kooperationsbereitschaft verschiedener unternehmerischer Anspruchsgruppen (sogenanntes Multi-Stakeholder-Management). Dies steigert die Innovationsfähigkeit und Durchsetzungskraft. Die Entwicklung innovativer Mobilitätsdienste wird erleichtert.

Unter dem Schlagwort „Mobil findet Stadt“ sollen mobilitätsrelevante Echtzeit-Informationen (Fahrplan, Fahrtverlauf) und Daten (Auslastung von Verkehrsmitteln) über standardisierte Schnittstellen bereitgestellt und verknüpft werden. Hierbei müssen Open-Data-Verfahren zur Anwendung kommen. Hier aufsetzende integrierte Dienste werden über kostenfreies W-LAN zugänglich gemacht. Dadurch wird ein niedrigschwelliger Zugang erreicht zu intelligenten Diensten, Verkehrssteuerung, Energie-/CO₂-Minderung und Zeitersparnis.

Im Bereich Logistik sollen maßgeschneiderte batterie-elektrische Fahrzeuge für Kurier- und Lieferdienste entwickelt werden. Die Bereitstellung der erforderlichen Lade-Infrastruktur ist auch hierbei maßgeblich.

Smarte Wirtschaft braucht smarte Verwaltung

Die CDU Berlin setzt sich ein für eine Reform des Vergaberechts zur Berücksichtigung smarterer Technologien bei öffentlichen Ausschreibungen. In diesem Zusammenhang soll eine Berliner Technologieplattform für Innovationen Berliner Entwicklungen präsentieren. Die Plattform ist sowohl „Showroom“ für die Positionierung Berlins als Referenzstadt für Innovationen als auch „Information Panel“ für die Öffentlichkeit, Betriebe, Investoren und die landeseigenen Unternehmen.

Im Berliner Open Data Portal stehen bereits über 250 Datensätze in rund 20 Kategorien für Recherchen und Applikationsentwicklungen bereit. Auch große Unternehmen, wie z. B. die BSR, Immobilienscout oder Vattenfall, stellen Daten bereit oder nutzen die angebotenen Daten. Die BSR hat durch das Berliner Open Data Portal den Zugriff auf die Standorte in Charlottenburg-Wilmersdorf und kann ihre Reinigungstouren entsprechend effizient planen. So wird die besonders verschmutzte Umgebung der Altglas-Container gezielt gereinigt und dem Wunsch des Bürgers nach einer sauberen Stadt Rechnung getragen. Dieser konkrete Datenaustausch und dessen Nutzung müssen einen weiteren Ausbau erfahren, ganz im Sinne einer bürgerorientierten und intelligenten Stadt.

Living-Labs als Experimentierfelder einrichten

Die Zukunft des Wohnens in Städten bietet breite Ansätze für smarte Lösungen. Daher tritt die CDU Berlin dafür ein, nach dem Vorbild des Barcelona Urban Lab sogenannte Living-Labs zur Innovation bestehender Systeme bereitzustellen. Berlin benötigt entsprechende Experimentier- und Testfelder, um zukünftige Lösungen für smarte Stadtquartiere zu erproben und dann in die Fläche zu bringen. Beispielsweise könnten Wohnlabore in Form von Musterwohnungen eingerichtet werden. Die Musterwohnungen müssen nach nachhaltigkeitsorientierten Anforderungen ausgerichtet werden und Smart Living erfahrbar machen. Eine weitere Maßnahme wäre die Einrichtung einer Online-Quartiers-Plattform für gemeinschaftliche Dienste.

Die Stadt wird smart, Teilhabe sichern durch Einbindung und Verständnis der Bürger

Die CDU Berlin steht für eine Gesellschaft der Teilhabe und begreift dies als eine Einladung zum Mitmachen an alle. Das ist eine Lehre, die die CDU Berlin auch aus den Erfahrungen mit dem BER und aus

dem Bürgervotum zum Tempelhofer Feld zieht. Dementsprechend will die CDU Berlin den Weg zur Smart City nicht zu einer Exklusivaufgabe der Berliner Verwaltung werden lassen, sondern im Geiste einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu einer großen Gemeinschaftsaufgabe machen, die die Berlinerinnen und Berliner in der Breite der Bevölkerung anspricht und mitnimmt.

Die CDU Berlin setzt hierbei auf eine Strategie der lebendigen Vielfalt, der Mündigkeit und des konstruktiven Zusammenwirkens von staatlicher und privater Initiative. So können Bürger, Politik, Unternehmen und die Öffentlichkeit die Stadt gemeinsam Schritt für Schritt intelligenter gestalten. Es geht darum, Möglichkeiten und Zugewinne besser zu verstehen, Gefahren richtig einzuschätzen und damit Akzeptanz gegenüber Neuerem bestmöglich zu sichern. Die CDU Berlin steht dazu, auch beim Ausbau der smarten Infrastruktur die Berlinerinnen und Berliner von Anfang an fest einzubinden. Die Einbindung der Bürger muss im Sinne einer echten „Gestaltungsbeteiligung“ erfolgen anstelle einer bloßen „Ja/Nein“-Entscheidung zum Verfahrensende.

Mit Smart City das Klima und Ressourcen schützen

Im Jahr 2030 werden etwa 60 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben und ungefähr 85 Prozent aller Ressourcen verbrauchen, die die Menschheit für ihr Leben benötigt. Schon heute sind die Städte für 80 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Eine „Smart City Berlin“ muss deshalb Vorreiter für andere Metropolen im Bereich der städtischen Ressourcen- und Klimaschonung werden. Die neuen Technologien können dabei helfen, Ressourcen und Energie einzusparen und so dazu beitragen, die großen Städte im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen.

Das ökologische Hauptziel für Berlin ist in diesem Zusammenhang die „Klimaneutralität 2050“. Die CDU Berlin sieht sich als politischen Garanten für die Koalitionsvereinbarung von 2011, Berlin bis 2050 zur „klimaneutralen“ Stadt zu entwickeln. Das bedeutet eine Reduktion des jährlichen CO₂-Ausstoßes auf maximal 4,4 Mio. Tonnen bis zur Jahrhundertmitte. Neue Technologien und eine bessere Umsetzung und Steuerung bestehender Systeme sollen auch hier einen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels liefern.

Berlin 2030 – Wohnen und Arbeiten in der smarten Stadt

Berlin hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Die Stadt hat einen erheblichen Zuzug von Menschen unterschiedlichster Herkunft zu verzeichnen, allein im vergangenen Jahr konnten wir 50.000 Neuberlinerinnen und Neuberliner in Berlin begrüßen. Den individuellen Ausschlag für die Entscheidung, in Berlin leben und arbeiten zu wollen, geben dabei ganz unterschiedliche Gründe. Manche lockt Berlins Image als kreativer Lebens- und Arbeitsraum, als Stadt des ständigen Wandels, als Stadt der Freiheit. Andere zieht das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre in unsere Stadt: Viele Menschen ziehen erfreulicherweise einfach deshalb nach Berlin, weil sie hier Arbeit gefunden haben. Auch die Familienfreundlichkeit Berlins oder die reiche Bildungslandschaft locken zunehmend neue Berlinerinnen und Berliner an.

Für Berlin ist das eine große Chance. Wir können Menschen mit vielfältigen Fähigkeiten dafür gewinnen, die Zukunft unserer Stadt gemeinsam mit uns zu gestalten. Berlin holt dank dieses Wachstums auf: Mehr Kaufkraft, zusätzliche Arbeitsplätze, neue Perspektiven für die vielen jungen Menschen in unserer Stadt. Diese Entwicklung findet ohne große Steuergeschenke oder Subventionen statt – dieser Aufschwung trägt sich selbst. Berlin liegt damit übrigens im Trend: Im Jahr 2050 werden voraussichtlich bis zu 70 % der Weltbevölkerung in Städten leben.

Gleichzeitig stellt das Wachstum unsere Stadt vor vielfältige Herausforderungen. Bisher konnte Berlin die zusätzlichen Bewohner gut aufnehmen. Noch vor einigen Jahren gab es im gesamtstädtischen Wohnungsbestand einen Überschuss von ca. 100.000 Wohnungen. Die Rot-Rote Vorgängerkoalition hat allerdings die sich abzeichnende Bevölkerungsentwicklung entgegen allen Mahnungen der Berliner CDU verschlafen. Man hätte früher einen deutlichen Schwerpunkt auf neue Impulse für den Wohnungsbau in

Berlin legen müssen. Inzwischen gibt es so gut wie keinen Leerstand mehr auf dem Berliner Wohnungsmarkt.

Daher hat die CDU Fraktion sich von Anfang ihrer Regierungsbeteiligung an dafür eingesetzt, dass wir die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik Berlins nach der Wahl 2011 deutlich umgestalten. Wir haben uns erfolgreich für eine Wohnungsbauförderung, ein Bündnis mit den städtischen Gesellschaften, maßvolle Regulierung gegen Marktübertreibungen und mehr Personal in den bezirklichen Planungsämtern eingesetzt. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir bezahlbare Mieten in der ganzen Stadt ermöglichen, denn Berlin lebt von der Vielfalt. Die Diskussion um Verdrängung nehmen wir ernst, analysieren die entsprechenden Daten und haben verschiedene Maßnahmen umgesetzt. Für uns ist wichtig, dass die Berliner Mischung erhalten bleibt und keine Pariser Verhältnisse entstehen. In der Innenstadt zu wohnen, darf nicht allein vom Geldbeutel abhängen.

Im Jahr 2014 können wir deshalb eine positive Bilanz ziehen – die Grundlagen sind gelegt und die Baugenehmigungszahlen wie auch die Fertigstellung von neuen Wohnungen haben Höchststände erreicht. Zu unseren wichtigsten Zielen für eine aktive Wohnungs- und Mietenpolitik gehören außerdem 30.000 neu gebaute Wohnungen und 30.000 zusätzlich zu erwerbende Wohnungen im Besitz der städtischen Gesellschaften bis zum Jahr 2016. Das scheint gut erreichbar. Im Wohnungsbestand werden wir zusätzliche Maßnahmen wie z.B. den Ankauf von Belegungsrechten prüfen, um weitere stabilisierende Instrumente einer aktiven Wohnungspolitik zu nutzen.

Mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen haben wir ein übergreifendes Instrument geschaffen, das die Wohnungsbaupotentiale deutlich macht und damit den Bezirken Richtung und Unterstützung für ihre individuellen Strategien gibt.

Die Wachstumszahlen machen deutlich, dass die Stadtentwicklungspolitik einer langfristig angelegten Strategie folgen muss. Aus diesem Grund haben wir uns mit dem Koalitionsvertrag dafür entschieden, ein Stadtentwicklungskonzept 2030 zu erarbeiten. Es ist ein Erfolg der CDU, dass dieser Prozess auf breiter Basis und mit intensiver Einbeziehung der Öffentlichkeit stattfindet.

Ziel ist es, vorhandene Planungen ressortübergreifend zusammenzuführen und Entwicklungsziele gemeinsam mit der Stadtgesellschaft zu bestimmen. Als ein erstes Ergebnis dieses Prozesses wurden Zukunftsräume definiert, in denen das Wachstum der Stadt in besonderer Weise zum Tragen kommt. Das ist zu begrüßen.

Es gilt nun, diese Zukunftsräume im Detail zu beleuchten und Umsetzungsstrategien für ihre gesunde Entwicklung zu erarbeiten. Das konnte das bisherige Verfahren noch nicht leisten. Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, diese Diskussion entsprechend den Vorschlägen der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus öffentlich im Rahmen so genannter „Berlin-Foren“ zu führen und dort konkrete Leitlinien bzw. den politischen Handlungsrahmen zu erarbeiten.

Hierbei werden unter anderem die folgenden Trends zu beachten sein:

- Wohnen und Arbeiten werden in Zukunft eng verflochten sein.
- Individueller Platz wird knapper werden und gemeinschaftliche Räume gewinnen an Bedeutung.
- Die Nutzung und Gewinnung von Energie wird auch in Städten eine hohe Bedeutung gewinnen. Berlin hat bisher die schlechtesten Quoten hinsichtlich der Gewinnung regenerativer Energien, hier gibt es erheblichen Nachholbedarf.
- Mobilität und Logistik werden sich dynamisch entwickeln – auch insbesondere die innerstädtische Logistik für den täglichen Bedarf.
- Konsum- und insbesondere Einkaufsverhalten werden sich in einer vernetzten Welt stark verändern mit allen Konsequenzen für die gewachsenen Zentren der Stadt.

Der technische Fortschritt wird immer stärker in das Wohnumfeld eingreifen. Dieser Prozess ist politisch eng zu begleiten. Wir sind der Überzeugung, dass sich die zukünftigen Herausforderungen an die Entwicklung unserer Stadt besser bewältigen lassen, wenn wir uns früh mit neuen Technologien auseinandersetzen und ihre Chancen nutzen. Nicht zuletzt können wir auf diese Weise das Wirtschaftscluster „Urbane Technologien“ in Berlin weiter stärken.

Damit dies möglich wird, hat Politik die Aufgabe, die richtigen Bedingungen zu schaffen. Dafür sind die Weichen schon jetzt zu stellen. Wir wollen die Chancen des Wachstums durch mehr Investitionen in die Berliner Infrastruktur besser nutzen.

Hierfür schlagen wir vor, einen Wachstumsfonds zu bilden, der sich aus den Mehreinnahmen durch das Bevölkerungswachstum Berlins speist. Aus diesem Fonds sollen Schulden getilgt und Investitionsmittel für öffentliche Infrastruktur und Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem Wachstumsfonds kann ein konkreter Beitrag dafür geleistet werden, dass alle Berlinerinnen und Berliner von der Entwicklung sichtbar profitieren.

Für die Entwicklung der Stadt ist es von großer Bedeutung, einen breiten Konsens für Wohnungsneubau und die Bewältigung der mit dem Wachstum einhergehenden Herausforderungen herzustellen.

Die Herausforderungen der Zukunft – wie klimaneutrale Stadt, demographische Anpassung, wachsende Stadt – können nur in einem gesellschaftlichen Schulterschluss bewältigt werden. Interessenausgleich und das verantwortliche Zurückstellen von Einzelinteressen sind eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere das Bündnis für Wohnen auf eine breitere Basis zu stellen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Bündnis mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren, der Wissenschaft, der Wohnungswirtschaft, den Berliner Unternehmen und den politischen Kräften der Stadt. Nur im breiten Konsens werden wir die Akzeptanz für die Notwendigkeit von Wohnungsneubau in Berlin erhöhen und die im jeweiligen Einzelfall erforderliche gesellschaftliche Unterstützung für die Umsetzung von Wohnungsbauvorhaben aktivieren können. Auch hierfür kann das von der CDU-Fraktion geforderte „Berlin-Forum“ ein sinnvoller Weg sein.

Die CDU Berlin will Wachstumschancen nutzen. Es gilt, Veränderungen vor auszudenken und beispielsweise im Bereich von „Smart City“ - Projekten zu erproben. Berlin hat grundsätzlich alle Voraussetzungen, künftige Technologieführer hervorzubringen. Dafür sind allerdings Rahmenbedingungen auf bundesrechtlicher Ebene wie eine steuerrechtliche Behandlung von Wagniskapital oder flexible rechtliche Rahmenbedingungen für die Gründung und Finanzierung von Start-Ups zu verbessern.

Eine Smart City beinhaltet viel mehr als beispielsweise Benzinfahrzeuge auszusperren und nur Elektrofahrzeuge zuzulassen. Es geht uns vor allem um Projekte für innovative Energiespeicherung, -gewinnung und -nutzung. Das kann vor allem bei Neubauvorhaben realisiert werden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen können anschließend ebenso dem Bestand zugute kommen. Die dafür erforderlichen Investitionen wollen wir erleichtern und unterstützen.

Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, sich mit den Chancen eines Gesetzes zur Stärkung von Wohnquartieren durch private Initiativen auseinanderzusetzen. Grundlage hierfür sind die fast abgeschlossenen Überlegungen zum BID-Gesetz sowie entsprechende Gesetze, die inzwischen in Hamburg oder NRW in Kraft getreten sind.

Wir kaufen immer mehr im Internet ein – der Weg, wie die Waren zu uns kommen, hat sich allerdings bis heute kaum verändert. Der Lieferverkehr nimmt stetig zu. Wir wollen neue Wege des Transports und der Zustellung ausprobieren. Auch das gehört zu einer Smart City und wir wollen Pilotprojekte auf den Weg bringen, um alternative Logistikkonzepte für Innenstadtbereiche zu erproben.

Es gehört zu den Nebenerscheinungen dieses Trends, dass sich klassische Einkaufsstraßen und -Center in den nächsten Jahrzehnten in ihrer Struktur und Nutzung tiefgreifend verändern werden. Dabei ist für uns wichtig, eine ausreichende Versorgung in den Stadtteilen sicherzustellen. Dabei wird es verstärkt zu gemeinschaftlichen Flächennutzungen von Dienstleistern kommen. Physisches Einkaufen wird sich eher zum Erlebnis wandeln und traditionelle Einkaufsstraßen werden sich zu Dienstleistungsorten und Treffpunkten weiterentwickeln müssen. Dabei sind sie weiterhin der Kristallisationspunkt für Gesundheitsleistungen, persönliche und Finanzdienstleistungen. In Anbetracht der schnellen Entwicklungen wird der Bedarf an Dienstleistungen in den kommenden Jahren weiter steigen. Diese Entwicklung ist durch eine kluge Politik für die zukünftige Entwicklung unserer Zentren zu begleiten.

Mit der Umsetzung unserer verschiedenen Ideen und Projekte legen wir die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung Berlins. Wir werden die Chancen des Wachstums und des technologischen Wandels nutzen. Berlin wird zur Stadt von Morgen. Eine intelligente Stadt, die die Menschen vernetzt und ihre Potenziale im besten Sinne nutzt. Eine Stadt, die die Chancen neuer Technologien erkennt und fruchtbar macht. Eine Stadt, die neue Wohnquartiere schafft, bestehende erneuert und nachhaltig verbessert. Eine Stadt, die für die Menschen auch in Zukunft lebenswert und bezahlbar bleibt. Eine Stadt, die ihre innerstädtischen Rückzugs- und Erholungsräume erhält und weiterentwickelt. In einer Zeit des Wandels und des Aufbruchs wollen wir Neues wagen, ohne dabei unsere Wurzeln zu vergessen. Im Gegenteil – wir werden uns im besten Sinne auf unsere Wurzeln besinnen.

Bürger-Olympiade und Paralympics in Berlin! - 'Wenn nicht wir, wer sonst?!'

Berlin bringt hervorragende Voraussetzungen für Olympische Spiele und Paralympische Spiele mit. Über 140 Bundesligisten vertreten Berlin. Viele gute Sportanlagen kann Berlin vorweisen (z.B. Olympiastadion, Max-Schmeling-Halle, Velodrom, O2-Arena) oder können mit geringen Mitteln zu Sportanlagen hergerichtet werden (z.B. Messe Berlin). Mit der Fußball-WM 2006, der Leichtathletik-WM 2009 und der Frauen-Fußball-WM 2011 hat Berlin gezeigt, dass es Großveranstaltungen organisieren kann. Ja mehr, in Berlin gab es traumhafte Sommermärchen und danach einen erheblichen anhaltenden Anstieg der Besucherzahlen Berlins. Entwicklungen, die der Berliner Wirtschaft nachhaltig helfen.

Berlin steht für Weltoffenheit, Liberalität und Herzlichkeit. Wir sind jung, hipp und schräg. Berlin zeigt seine Ablehnung von Fanatismus, Gewalt und Rassismus durch seine Bewerbung um die Spiele. Olympische Spiele und Paralympische Spiele bedeuten, Menschen aus über 200 Nationen in unserer Stadt willkommen zu heißen, wenn wir dafür bereit sind. Olympia bedeutet, insbesondere junge Menschen in Berlin willkommen zu heißen. Dabei sollte eine Bewerbung Berlins ggf. nicht nur auf 2024 sondern möglicherweise auch auf 2028 oder 2032 gerichtet sein.

Inklusives Leben, Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit und Bescheidenheit sollten durchgehende Elemente eines Berliner Angebots an die Weltgemeinschaft des Sports sein. Damit setzen wir uns von Bewerbungen anderer Städte zu Sport-Großveranstaltungen wie Sotchi und Katar bewusst ab. Durch das Leitbild des Berliner Sports und die Berliner Sporterklärung ist die Bedeutung des Sports als eine gesellschaftliche Aufgabe und deren Bedeutung innerhalb Berlins verankert worden. Damit können die Olympischen und Paralympischen Spiele ein aus Konsens ausgerichtetes Vorhaben der Stadtgesellschaft sein.

Dabei beinhaltet unser Angebot an den Sport kein fertiges Konzept, sondern Ideen und Leitlinien. Vielmehr geht es darum, die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen in unserer Stadt in einen breiten Diskussionsprozess einzubeziehen. In Form von Bürgerforen sollen die unterschiedlichen Themen einer Konzeption breit und öffentlich bearbeitet werden.

Dazu gehört eine Diskussion über die stadtentwicklungspolitischen Aspekte einer Bewerbung wie die Frage der Schaffung eines Olympischen Dorfs, die Realisierung von barrierefreien Wohnraum und die Entwicklung barrierefreier Stadtviertel. Die Schaffung zusätzlichen und bezahlbaren Wohnraums ist ein wesentlicher Aspekt. Die Fragen des Verkehrs unter Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen gehören genauso dazu, wie die Fragen der Ansiedlung, der Struktur eines Olympischen Parks und dessen Nachnutzung und die Frage nach den Auswirkungen auf vorhandene Wohngebiete.

Dazu gehört eine Prüfung der vorhandenen Sportanlagen, des Ausbaus, der Sanierung und des Neubaus aber insbesondere die Schaffung temporärer Einrichtungen. Bei Neubauten ist die Frage der Nachnutzung vorab zu klären.

Die Sportanlagen sollten soweit als möglich barrierefrei sein. Der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark kann in diesem Zusammenhang als erster Inklusiv-Sportpark Deutschlands realisiert werden. Bei der Sanierung

und Schaffung neuer Trainingsstätten sollen insbesondere die Belange des Breitensports in den Berliner Bezirken berücksichtigt werden.

Dazu gehört die Schaffung eines Infrastrukturprogramms für Berlin. Zeiten harten Sparens auf Kosten der vorhandenen Infrastruktur liegen hinter uns. Berlin geht es wieder besser. Deshalb ist zu diskutieren, ob ein bezirkliches Infrastrukturprogramm z.B. für Schulen, Straßen, Grünanlagen und Sportanlagen mit der Bewerbung Berlins verbunden werden sollte.

Dazu gehört die mögliche Nutzung vorhandener Sportanlagen insbesondere in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen aber auch Sachsen-Anhalt und Thüringen. Brandenburg verfügt über hervorragende Anlagen für Rudern, Kanu, Golf, Reiten und weitere Fußballstadien. Sachsen verfügt über diverse geeignete Fußballstadien und eine internationale anerkannte Kanuslalomstrecke. Mecklenburg-Vorpommern eignet sich anerkannter Weise für die Austragung der Segelwettbewerbe. Sachsen-Anhalt und Thüringen verfügen über geeignete Stadien. Bescheidenheit und Umweltverträglichkeit lassen sich durch Nutzung dieser Sportanlagen mit nachweisen.

Dazu gehört die Frage eines nachhaltigen Entwicklungsschubs für die Berliner Wirtschaft. Die Schaffung von zusätzlichen Jobs, der nachhaltig höheren Steuereinnahmen und einer weiter steigenden Zahl von Besuchern und Besucherinnen unserer Stadt sollten diskutiert werden und die besten Wege einer Realisierung miteinander erörtert werden.

Wenn nicht Städte wie Berlin, tief verhaftet in einer demokratischen Bürgergesellschaft, bereit sind, Angebote für die Austragung von Olympischen und Paralympischen Spiele zu realisieren, dann würde es um die Austragung der Spiele schlecht aussehen.

' Wenn nicht wir - wer sonst?!'

„Mehr Sicherheit und Gerechtigkeit durch Verurteilung direkt nach der Tat – Das besondere beschleunigte Verfahren als Standardverfahren für die Bekämpfung der Straßen- und Alltagskriminalität“

Die Strafe soll auf dem Fuße folgen: Das besonders beschleunigte Strafverfahren mit sofortiger Gerichtsverhandlung für ganz Berlin stärken und zusätzlich als dezentralen Modellversuch im Bezirk Mitte einrichten. Die sofortige Gerichtsverhandlung nach Ergreifen des Täters nach §§ 417 ff. St PO hat, wenn sie konsequent angewendet wird, einen ganz erheblichen präventiven Effekt und stärkt die Befriedungsfunktion des Strafrechts. Die CDU Berlin unterstützt ausdrücklich das Anliegen, die Anwendung des besonders beschleunigten Strafverfahrens nach §§ 417 ff. StPO mit sofortiger Gerichtsverhandlung am Bereitschaftsgericht am Tempelhofer Damm gezielt zu stärken. Grundsätzlich sollen alle geeigneten Fälle in diesem Verfahren angeklagt werden, insbesondere soll dort die Anklage unabhängig von Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und Wohnsitz erfolgen.

1. Im Berliner Bezirk Mitte soll ein Modellversuch gestartet werden, bei dem das besonders beschleunigte Strafverfahren mit sofortiger Gerichtsverhandlung nach §§ 417 ff. StPO dezentral erprobt wird. Das Modell soll feststellen, ob das besonders beschleunigte Strafverfahren mit sofortiger Gerichtsverhandlung in dezentraler Anwendung bei den örtlichen Polizeidirektionen den ursprünglich beabsichtigten kriminalpräventiven Effekt mit Breitenwirkung erzielt. Dabei soll in räumlicher Nähe zur Polizeidirektion 3, die für den Bezirk Mitte zuständig ist, ein Bereitschaftsgericht als Stelle des Amtsgerichts Tiergarten eingerichtet werden. Das Bereitschaftsgericht Mitte soll so ausgestattet werden, wie es auch am Standort Tempelhofer Damm für ganz Berlin besteht. Bei diesem dezentralen Bereitschaftsgericht in Mitte laufen alle geeigneten Fälle (einfacher Sachverhalt, klare Beweislage, erwartete Strafe bis zu ein Jahr Freiheitsstrafe) aus der Direktion 3 auf. Die anderen Polizeidirektionen nutzen während dieses Modellversuchs weiterhin in das bestehende und gestärkte Bereitschaftsgericht am Tempelhofer Damm.

Demografie-Beauftragte/r für Berlin

Um für die Herausforderungen der alternden und wachsenden Stadt Berlin gerüstet zu sein und zukunftsfest handeln zu können, bedarf es einer umfassenden Handlungsstrategie. Die mit der demografischen Entwicklung in Zusammenhang stehenden Herausforderungen bilden eine klassische Querschnitt-Aufgabe und müssen ressortübergreifend betrachtet werden. Die Schaffung einer Stabstelle für demografische Entwicklung in der Berliner Verwaltung unterstreicht die Wichtigkeit und Ernsthaftigkeit, dieser gesamtstädtischen und überregionalen Aufgabe entschlossen zu begegnen und sowohl Chancen als auch Risiken zu begleiten. Von der Einsetzung eines Demografie-Beauftragten geht das politische Signal aus, dass es sich ähnlich der Beauftragten für Frauen oder Integration, um eine besonders zu würdigende, gesellschaftspolitische Querschnitts-Aufgabe handelt, das Themenfeld als gleichwertig erachtet und gesamtheitlich angegangen wird.

Die Schaffung dieser Funktion setzt zum Einen das Thema auf die politische Agenda und sorgt dafür, dass das einmalig 2009 erarbeitete Demografie-Konzept fortgeschrieben wird. Zum Anderen schafft ein Demografie-Beauftragter bzw. eine Demografie-Beauftragte ein höheres Problembewusstsein, hält das Thema in der öffentlichen Debatte und stößt Diskussionen an- bis in Politik und Verwaltung hinein. Eine weitergehende Sensibilisierung ist über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch durch die Beteiligung in der Gremienarbeit auf Landes- und Bezirksebene denkbar.

Die Einsetzung eines Demografie-Beauftragten bzw. einer Demografie-Beauftragten ermöglicht die Vernetzung von Vereinen, Verbänden, Unternehmen, Politik und Verwaltung auf Landesebene und in den Bezirken. Eine Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg ist genauso erforderlich und wünschenswert wie die Betrachtung der Gesamtentwicklung.

Durch die Schaffung eines oder einer Demografie-Beauftragten kann es gelingen, die Infra - und Sozialstruktur für die wachsende und alternde Stadt Berlin am Bedarf zu entwickeln. Auswirkungen und Perspektiven können rechtzeitig identifiziert und zukunftsfähige, langfristige Konzepte erarbeitet werden, die die Herausforderungen des demografischen Wandels begleiten und zukunfts- als auch lösungsorientiert angehen.

Der Demografie-Beauftragte bzw. die Demografie-Beauftragte soll dabei ein integriertes Konzept zur Gestaltung des demografischen Wandels erarbeiten und kontinuierlich entwickeln. Er soll die qualitative und quantitative Ausgangsbasis ermitteln, Erfahrungen aus anderen Städten einbeziehen, Handlungsempfehlungen, Maßnahmen und eigene Projekte ableiten. Das Demografie-Konzept soll stetig aktualisiert, um Themen erweitert und fortentwickelt werden.

Die Demografie-Beauftragung ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedenste Akteure zusammenbringen soll. Beteiligt werden sollen die Landesebene, die Bezirke, Brandenburg, (perspektivisch auch Pflege-) Kammern, Wohnungsbaugesellschaften, der Verkehrsverbund oder Unternehmen- nicht nur in der Gesundheitswirtschaft.

Auch die privatwirtschaftlichen Unternehmen müssen dabei in die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels einbezogen werden. Es gilt, sie in ihrem sozialen Verantwortungsbewusstsein zu schärfen. Sie müssen zum Einen ermuntert werden, Angebote der öffentlichen Nahversorgung bereitzuhalten, aber zum Anderen auch Ideen und Lösungen in der technologischen Entwicklung voranzutreiben. Das heißt, es müssen Angebote der wohnortnahen Versorgung für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen gewährleistet und Strukturen erhalten werden. Unternehmen müssen dabei in die Lage versetzt werden, Innovation und Entwicklung voranzutreiben. Die immanenten Chancen der demografischen Entwicklung dienen als Motor des Fortschritts.

Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes erhalten

In der rot-roten Regierungskoalition wurde über Jahre ein ausschließlich zahlenorientierter Personalabbau betrieben, der weder den anstehenden Generationenwechsel in der Verwaltung noch die für die Bevölkerung zu erbringenden Verwaltungsdienstleistungen berücksichtigt hat.

In den Koalitionsverhandlungen gelang es der CDU lediglich, ein Einfrieren der Zielzahl durchzusetzen, der notwendige Personalaufwuchs scheiterte damals an der SPD. Angesichts der Bevölkerungsprognosen für Berlin und der immer deutlicher werdenden Mängel in den Dienstleistungen der Verwaltung ist ein Umdenken zwingend geboten. Dabei sollen vor allem die Möglichkeiten ausgeweitet werden, Auszubildende im Anschluss an ihre erfolgreiche Prüfung nicht nur befristet, sondern dauerhaft übernehmen zu können und damit den Generationenwechsel im Öffentlichen Dienst konstruktiv gestalten zu können.

Die Berliner CDU setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Zielzahl von 100 000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Berlins bedarfsgerecht und zielgenau nach oben zu korrigieren. Dabei ist darauf zu achten, dass die zusätzlichen Stellen vor allem dort ankommen, wo die Berlinerinnen und Berliner ihre Verwaltung hautnah erleben und auf deren Dienstleistung zwingend angewiesen sind. Ebenso soll mit diesem Zuwachs eine altersmäßige Durchmischung der Verwaltung verbunden werden, um die in den nächsten Jahren anstehenden dramatischen altersbedingten Abgänge zukunftsorientiert ersetzen zu können. Darüber hinaus sollen weitere technische Möglichkeiten zur Kompensation erfolgter Personaleinsparungen wie weitere Onlineangebote, die E-Akte oder der Ausbau der Bürgernummer 115 zentral finanziert und zeitnah umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang fordert die Berliner CDU:

- Alle Auszubildenden sollen bei persönlicher Eignung und mit bestandener Prüfung ein Angebot für die Übernahme in den Öffentlichen Dienst des Landes Berlin erhalten. Damit soll die Abwanderung zu den Behörden des Bundes oder anderer Länder vermieden werden.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze soll anforderungsgerecht erhöht werden. Dabei ist sicherzustellen, dass der wachsenden Anzahl eine ebensolche von qualifizierten Ausbilderinnen und Ausbildern gegenübersteht sowie geeignete Praktikumsplätze gegenüberstehen.
- Um die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zu steigern, sollen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie sowie Pflege gefunden werden.
- Beim Gesundheitsmanagement zur Vermeidung psychischer Belastungen sollen präventive Maßnahmen zentral gefördert werden.

Besoldungsperspektivgesetz

Berlin hat sich während der rot-roten Regierungskoalition weit von der Tarifentwicklung in Bund und Ländern entfernt – dies gilt auch für die Beamtenschaft und z.B. auch Referendariate. Verschärfend kommt hinzu, dass in Berlin viele Stellen, die anderswo als Beamtenstellen ausgewiesen sind, nur noch mit Tarifbeschäftigten besetzt werden. Im bundesweiten Wettstreit um qualifiziertes Personal zieht Berlin damit immer öfter den Kürzeren.

Ausbildungskosten und -mühen zahlen sich für das Land Berlin nicht aus, wenn gut ausgebildete und hochmotivierte junge Menschen im Anschluss an ihre Ausbildung in andere Bereiche innerhalb und außerhalb Berlins abwandern, weil sie dort erheblich bessere finanzielle Konditionen geboten bekommen. Hier bedarf es dringend und zeitnah einer Gegensteuerung.

Es ist nachvollziehbar, dass Berlin als Nehmerland nicht an der Spitze der Entgeltliste stehen kann, aber die jetzige Situation ist einer Bundeshauptstadt unwürdig.

Die Berliner CDU setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Entgeltstrukturen und -höhen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Berlins zeitnah wieder dem bundesweiten Niveau anzupassen. Die Beschäftigten leiden seit Jahren unter erheblicher Arbeitsverdichtung bei gleichzeitigem unfreiwilligem Lohnverzicht gegenüber der Entwicklung in anderen Bundesländern und in der freien Wirtschaft. Dies erschwert einerseits die notwendige Rekrutierung qualifizierten Personals und impliziert eine mangelnde Wertschätzung ihrer Leistung.

Ziel der Politik der Berliner CDU ist es, den bestehenden Rückstand bei der Besoldung der Beamten in Berlin abzubauen.

Wir wollen den Tarifabschluss für die Beamten übernehmen und um weitere 0,5% erhöhen. Dieses Verfahren wollen wir auch in den kommenden Jahren durch ein Besoldungsperspektivgesetz fortsetzen, bis bei der Beamtenbesoldung in Berlin der Durchschnitt der Besoldung der Länder erreicht ist.

„Es grünt so grün, wenn Berlins Blumen wieder blühen...“ Mehr Engagement und Pflege für unser Stadtgrün

„Blühende Landschaften“ sucht man im Berliner Stadtgrün seit Jahren fast vergeblich. Die letzten Jahre waren politisch nicht geprägt von der Frage nach den besten Pflegekonzepten und Rahmenbedingungen zur Werterhaltung der öffentlichen Grünflächen, sondern durch massiven Personalabbau und Geldkürzungen.

Für die Berliner CDU gilt: „Das muss sich ändern.“

Nicht nur mit der Entscheidung für „100% Tempelhofer Feld“ – egal wie man sie politisch bewertet – sondern bereits durch zahlreiche öffentliche Befragungen zur Bedeutung von Freiflächen und Stadtgrün wurde die Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger für öffentliches Grün, Spielplätze und Freiräume bekundet. Zuletzt haben 2013 zum Beispiel in einer bundesweiten Online-Befragung der GALK e.V. 98% der Befragten Grün- und Parkanlagen als „sehr wichtig oder wichtig“ eingestuft.

Die Befragung/Studie schließt mit folgender – eigentlich selbstverständlicher – Erkenntnis:
„Trotz knapper werdender Haushaltsmittel und einer demzufolge immer dünneren Personaldecke in den Kommunen bleibt es notwendig, öffentliches Grün in seiner Funktion zu erhalten...Grün ist für den Bürger ein hohes Gut, attraktives Grün bindet Bürger und vorhandenes Grün ist ein entscheidendes Kriterium bei der Wohnortwahl. Ökonomisch und ökologisches Grün lässt sich...jedoch nur sinnstiftend planen, bauen und erhalten, wenn entsprechende Voraussetzungen gegeben sind.“

Für die Berliner CDU gilt: Es ist an der Zeit, in der wachsenden Metropole Berlin die Weichen für eine wertschätzende öffentliche Grünflächenpflege zu stellen.

Die Berliner CDU unterstützt daher das durch die Berliner Bezirke und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt initiierte Projekt „Evaluierung der Grünflächenpflege unter Berücksichtigung der Kosten, Nutzungs- und Qualitätsanforderungen“ und erwartet die notwendigen politischen Schlussfolgerungen im Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat.

Für die Berliner CDU sind dabei insbesondere folgende Zielstellungen zu berücksichtigen:

1. Stärkung der Berliner Bezirksstrukturen für eine bürger- und ortsnahe sowie reaktionsfähige Grünflächenentwicklung und -pflege
2. Förderung der weiteren Integration von Freizeitangeboten wie z.B. Mehrgenerationen- und Bewegungsparcours sowie Urban-Gardening-Projekten sowie Pflegepatenschaften und naturnahe Pflegemodelle im ländlich geprägten Bereich (Beweidung)
3. Entwicklung von nachhaltig funktionsfähigen Arbeitsstrukturen mit Sicherung aller Stellen im Grünflächenpflegebereich, dauerhafte Übernahme der besten selbstausgebildeten Junggärtnerinnen und Junggärtner sowie Schaffung von altersgerechten Arbeitsplätzen für ältere Gärtnerinnen und Gärtner
4. Schaffung von verbindlichen finanziellen Rahmenbedingungen für die Grünflächenpflege unter Beibehaltung des Spielplatzsonderprogrammes aber ohne neue zusätzliche Sonderprogramme

z.B. durch Erhöhung des jährlichen Grünflächenunterhaltungsplafonds, Zweckbindung der Grünflächenpflegemittel, Definition von Mindeststandards/ Grundausstattungen, Abschaffung der Straßenreinigungsgebühren für Grünflächen (analog zu den Berliner Forsten), Einsatz von Mitteln aus der City-Tax und /oder neuen Formen öffentlicher/privater Partnerschaften wie bei der Einrichtung von „Housing Improvement Districts (HID)“

5. Effiziente und sinnvolle Aufgabenabgrenzungen zwischen bezirklichen Grünflächenämtern und der BSR
6. Erhalt der Eigenleistungen auf einem Mindestmaß, um z.B. auf Wetterereignisse wie Stürme oder Hitzewellen mit geeigneten Pflege- und Verkehrssicherungsmaßnahmen reagieren zu können
7. Ende der (politischen) Diskussionen um die Ausgliederung der Grünflächenpflege, stattdessen Optimierung und Sicherung der derzeitigen bezirklichen Betriebsformen (Straßen- und Grünflächenämter) – Planungssicherheit analog des „Berliner Schulfriedens“
8. Mehr politische Wertschätzung, eine Imagekampagne für pfleglichen Umgang mit dem öffentlichen Gut „Grün“ und ein Mehr an Pflege und Sauberkeit der öffentlichen Grün- und Parkanlagen.

Berlin braucht ein Mittelstandsgesetz

Die über 100.000 Klein- und Mittelständischen Unternehmen Berlins sind der Motor für die wirtschaftliche Dynamik der Stadt. Sie schaffen Arbeitsplätze und treiben Innovationen voran. Sie bilden aus und engagieren sich in den Kiezen.

Im Bereich der Start-Ups und Existenzgründungen ist Berlin ebenfalls Spitze in Deutschland und entwickelt sich zu einem der „Hot Spots“ in Europa.

Wie bereits in einigen Bundesländern erfolgreich praktiziert, wollen wir ein Berliner Mittelstandsgesetz einführen, das Rahmenbedingungen für unsere Klein- und Mittelständischen Unternehmen gewährleistet, welche die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern. Dies soll durch verschiedene Initiativen zur Straffung der Verwaltung und Vereinfachung und Abschaffung gesetzlicher Vorschriften und einer erhöhten Transparenz der öffentlichen Aufträge und einer mittelstandsfreundlicheren Ausgestaltung der Berliner Vergaben führen.

Die CDU Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin wird daher aufgefordert, dem Parlament einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Dieser sollte folgende Schwerpunkte enthalten:

- Für alle Gesetze und Verordnungen wird eine „Mittelstandsverträglichkeitsprüfung“ durch die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung vorgeschaltet, die einen Überblick über die zu erwartenden Auswirkungen auf Kosten, Verwaltungsaufwand und Arbeitsplätze im Mittelstand geben soll.
 - Die Industrie- und Handelskammer, sowie Handwerkskammer sind bei allen Gesetzen und Verordnungen, die den Mittelstand betreffen, anzuhören.
 - Alle 2 Jahre fertigt die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung einen Mittelstandsbericht.
 - Das Berliner Vergabegesetz ist zu überarbeiten. Interessen der KMU´s sind bei der Angebotsaufforderung vornehmlich zu berücksichtigen. Leistungen sollen zuerster in der Menge aufgeteilt (Lose und Teillöse) und getrennt nach Art oder Fachgebiete eigenständig ausgeschrieben und vergeben werden.
 - Die Ausschöpfung der Vergabegrenzen nach VOL und VOB sind zu überprüfen.
-

Kreativstandorte weiterentwickeln – Clubkultur sichern

Die Clubszene und die Musikwirtschaft sind eine bedeutende Grundlage dafür, dass Berlin eine Metropole der Kreativwirtschaft geworden ist.

Die vielfältige Clubszene der Stadt ist in den Jahren der Wiedervereinigung aus Freude über die wiedergewonnene Einheit unserer Stadt und unseres Landes geboren worden, als junge Menschen aus Ost und West Orte zum Feiern gesucht und gefunden haben.

In den letzten Jahrzehnten hat sich daraus eine kreative, musikkulturelle Landschaft entwickelt, die junge Menschen aus der ganzen Welt nach Berlin führt und ihnen die Möglichkeit gibt, kreative und innovative Ideen zu verwirklichen.

Damit leistet die Clubszene einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Viele Clubs haben sich dabei zu Unternehmen entwickelt, die eine moderne, großstädtische Form des Mittelstandes darstellen und teilweise lebendige Zukunftslabore sind.

Organisationen und Netzwerke wie die Clubcommission und die Berlin music commission sind dabei wichtige Transmissionsriemen zur Entwicklung dieser Branche.

Zahlreiche Unternehmen der Kreativ- und Start-Up-Wirtschaft gründen sich auf Grund dieser attraktiven Clubszene in Berlin und bilden zunehmend eine wirtschaftliche Symbiose..

Die Clubkultur leistet somit sowohl einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Musikstadt Berlin, der die große Koalition mit der Gründung des Musicboards zusätzlichen Schwung gegeben hat, als auch zur kreativindustriellen Profilierung.

Berlin ist damit Trendsetter internationaler Jugendkultur und neuer Technologien und zeigt, dass kreative Orte im städtischen Raum auch einen bedeutenden Beitrag zur Stadtentwicklung leisten. Stadtteile mit hohem Anteil leer stehender Gebäude und angespannter sozialer Struktur gewinnen mit der Entstehung von Clubs und Orten mit kultureller und kreativer Nutzung eine neue Attraktivität. Sie tragen im Weiteren auch zur Schaffung lebendiger Kieze bei. Diese Erfahrungen aus Berlin werden zunehmend auch international nachgefragt, wie entsprechende Anfragen bei der Clubszene aus Detroit, Tokio, Thessaloniki, Istanbul, Warschau, Amsterdam und Buenos Aires zeigen.

Ziel muss es daher sein, diese Erkenntnis auch in der Stadtentwicklungspolitik abzubilden.

Hat die Stadtentwicklungspolitik in der Vergangenheit für die wirtschaftliche Entwicklung bisher nur Flächen für Industrie- und Gewerbe vorgesehen, so ist es an der Zeit, jetzt auch Flächen für kreative Orte, die auch eine Clubnutzung ermöglichen, auszuweisen und planungsrechtlich abzusichern.

Außerdem ist bei Bauvorhaben, bei denen Wohnbebauung an Kultur- oder Clubstandorte heranrückt, künftig zu prüfen, inwieweit das bauplanungsrechtliche Rücksichtnahmegebot dergestalt herangezogen werden kann, dass das entstehende Bauvorhaben Maßnahmen für ausreichenden Immissionsschutz realisiert. Gegebenenfalls ist der jeweilige Investor zu verpflichten, Lärmschutzmaßnahmen der Kultur- oder Clubstandorte zu finanzieren.

Mit der Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik hat die große Koalition die Voraussetzung dafür geschaffen, dass landeseigene Grundstücke verstärkt auch für Standorte der Kreativwirtschaft genutzt werden können.

Perspektiven für das ICC

Die CDU Berlin steht in ihrer Regierungsverantwortung auch in Zukunft dafür ein, das Internationale Congress Centrum Berlin (ICC) als messeaffinen Mehrzweckstandort zu erhalten und ein nachhaltiges Konzept für seinen zukünftigen Betrieb zu entwickeln. Die CDU Berlin begrüßt, dass sich die Große

Koalition im Koalitionsvertrag sowie in nachfolgenden Beschlüssen des Abgeordnetenhauses klar zum Erhalt des ICC bekannt hat. Die CDU Berlin begrüßt ebenso, dass die Wirtschaftssenatorin im Sinne dieser Beschlüsse die Initiative ergriffen und ein Verfahren angestoßen hat, um die Rahmenbedingungen einer entsprechend den Vorgaben des Abgeordnetenhauses wirtschaftlich tragfähigen Nutzung des ICC zu ermitteln.

Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die Vertreter der CDU im Senat werden aufgefordert, dabei die folgenden Grundsätze zu beachten:

- Das ICC hat einen hohen Stellenwert für Berlin – wirtschaftlich und städtebaulich. Das ICC ist nicht nur als eines der größten Kongresshäuser der Welt entworfen worden, sondern in seiner architektonischen Gestalt ein einzigartiges Beispiel für die Architektur der 70er Jahre. Es ist eine markante baukulturelle ‚Visitenkarte‘ der Stadt Berlin, es ist Teil des Stadtbildes und in der Identität der Stadtgesellschaft tief verankert. Es muss deshalb für zukünftige Generationen bewahrt, erhalten und erneuert werden. Ein nachhaltiges Nutzungskonzept muss diesem Anspruch gerecht werden. Für die CDU ist weder ein Abriss des Gebäudes noch ein ideenloses Abschließen denkbar, wir wollen neue Nutzung und neues Leben im ICC.
 - Öffentlich-Private Partnerschaft: Die CDU Berlin ist offen dafür, die Zukunft des ICC in öffentlich-privater Partnerschaft zu gestalten, wenn auf diese Weise der Erhalt, die Sanierung und der dauerhafte Betrieb des ICC gesichert werden können.
 - Nutzungsmischung: Das ICC hat über die Dauer seines Betriebs jenseits des reinen Messe- und Kongressgeschäfts verschiedenste Nutzungen erfahren. Es ist unsere Überzeugung, dass die auf Flexibilität angelegte Grundstruktur des Bauwerks auch in Zukunft eine Nutzungsmischung erlaubt, die den Anforderungen an einen wirtschaftlichen Betrieb Rechnung trägt. Die CDU Berlin begrüßt deshalb den ergebnisoffenen Ansatz der Koalition, gegebenenfalls gemeinsam mit privaten Partnern ein zukunftsfähiges Nutzungskonzept für das ICC zu entwickeln und lehnt politische Festlegungen im jetzigen Verfahrensstand ab.
 - Stadtverträglichkeit der Nutzung: Jede Nutzung ist auf ihre Verträglichkeit mit der Wirtschafts- und Einzelhandelsstruktur der umliegenden Stadtteile hin zu prüfen und abzuwägen. Chancen und Risiken einer sich verändernden Wirtschafts- und Einzelhandelsstruktur sowohl für gewachsene Geschäftsstraßen in der Umgebung als auch für überregionale Einkaufszentren sind durch ein Gutachten zu hinterlegen.
 - Messeaffinität: Die CDU Berlin bevorzugt solche Nutzungen, die dem Standort in Nachbarschaft zum Messegelände in besonderer Weise entsprechen. Wir erwarten, dass auch die Messe Berlin ihrer Verantwortung für den Standort gerecht wird und wesentliche Teile der zur Verfügung stehenden Flächen auch in Zukunft der Messe- und Kongressnutzung zugeführt werden.
 - Transparenz und Dialog: Der besondere Stellenwert dieses öffentlichen Gebäudes gebietet, bei der Entwicklung seines zukünftigen Nutzungskonzeptes dem Dialog mit der interessierten Stadtgesellschaft einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Diese Erwartung haben wir auch an private Partner, die sich gemeinsam mit dem Land der Zukunft des ICC annehmen wollen. Die Grundsätze der auf Druck der CDU neu ausgerichteten Liegenschaftspolitik des Landes Berlin sind bei der Abwägung unterschiedlicher Konzepte ebenso zu beachten wie das Prinzip haushaltspolitischer Solidität.
-

Kleinere Klassen – Größere Mensen!

Pädagogische und räumliche Verbesserungen für die Berliner Schulen: klare Profile, Absenkung der Klassenfrequenzen, höhere Aufenthaltsqualität

Der ganz überwiegende Teil der konzeptionellen Unterstützung und Ressourcen der SPD-geführten Bildungsverwaltung floss in den letzten Jahren in die Etablierung der neuen Schulform Integrierte Sekundarschule (ISS). Die Berliner Grundschulen und die Berliner Gymnasien, obwohl gerade letztere durch die Umstellung auf das Abitur in der Jahrgangsstufe 12 eine wichtige Reform erfahren hatten und durch die Lotterie im Aufnahmeverfahren mit einer zunehmend gemischten Schülerschaft umgehen müssen, gerieten dabei ins Hintertreffen. Die Unterschiede zwischen den weiterführenden Schulformen wurden immer mehr verwischt, statt sie klar herauszuarbeiten. Das kann angesichts des erklärten Ziels der Einführung der Einheitsschule fast aller politischen Mitbewerber der CDU nicht verwundern.

Vier Jahre nach der Berliner Schulstrukturreform, bei der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Integrierten Sekundarschulen zusammengelegt wurden und zweieinhalb Jahre nach dem Beginn der Regierungsbeteiligung der CDU in Berlin kommt die CDU Berlin unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der von den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in Auftrag gegebenen, repräsentativen Schulstudie 2014 zu folgenden Schlussfolgerungen bzgl. der weiteren Ausrichtung der Bildungspolitik in der Bundeshauptstadt:

1. Schluss mit Veränderungen des Berliner Schulsystems im Rhythmus von Wahlen

Die CDU Berlin steht zum Schulfrieden und damit grundsätzlich zur sechsjährigen Grundschule und uneingeschränkt zum Zweisäulenmodell in der Sekundarstufe I. Dieses Berliner Schulsystem ist jetzt zu stärken und zu verbessern; keinesfalls darf es durch weitere, unnötige Reformen mit dem Ziel der Schaffung immer weiterer Fakten zur Einführung einer Einheitsschule unterhöhlt werden. Jede Form von Einheitsschule von Klasse 1 bis 13 lehnt die CDU Berlin ab.

2. Stärkung der Grundschulen und der beiden anschließenden Schulformen

Die CDU sieht es nach Jahren eines ständigen Umbaus des Berliner Schulsystems jetzt als notwendig an, die notwendigen inneren Entwicklungen der Schulen des vorhandenen Schulsystems zu ermöglichen und politisch die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Berliner Eltern sowie die Schüler selbst haben immer höhere Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Berliner Schulen. Um jedes einzelne Kind möglichst intensiv in seinem Bildungs- und Erziehungsprozess begleiten und unterstützen zu können, setzt sich die CDU für eine Senkung der Klassenfrequenzen an den Grundschulen und an den Schulen der beiden anschließenden Schulformen ein. Dieses auch finanziell anspruchsvolle Ziel sehen wir als Kernmaßnahme zur Stärkung der Bildungsqualität in Berlin an. Lehrerinnen und Lehrer hätten endlich mehr Zeit für die einzelnen Schüler. Damit sinkt deren Belastung und es erhöht sich die Zeit für die Beschäftigung mit dem einzelnen Kind.

2.1 Stärkung der Grundschulen

Die CDU Berlin setzt sich für eine Senkung der Klassengröße an den Berliner Grundschulen ein und sieht eine Größe von 24 Schülerinnen und Schülern als Ziel an.

Insbesondere in den Klassen 5 und 6 muss der Fachunterricht an den Grundschulen auf dem Niveau einer weiterführenden Schule angeboten werden. Die CDU Berlin möchte es den Berliner Grundschulen ermöglichen, dieser Anforderung mit der Klassenfrequenzabsenkung noch besser gerecht zu werden. Fachunterricht in den Klassen 5 und 6 muss von ausgebildeten Fachlehrern erteilt werden. Dieses muss als Resultat des neuen Lehrkräftebildungsgesetzes zum Standard von Fachunterricht in den Klassen 5 und 6 werden. Falls dieses Ziel nicht innerhalb dieses Jahrzehnts erreicht wird, muss die Lehrkräfteausbildung noch zielgerichteter strukturiert werden.

Ein wesentliches Ziel muss die Vergleichbarkeit im Abschlussniveau in der Klassenstufe 6 sein. Die CDU Berlin setzt sich daher für zentrale Klassenarbeiten in den Kernfächern in der sechsten Klasse ein (Lernabschlussuntersuchung LAB 6). Eine LAB 6 ermöglicht es jeder Berliner Grundschule, Rückschlüsse auf den Verlauf des Bildungsprozesses an der eigenen Schule zu ziehen. Eine LAB 6 soll am Ende des

ersten Halbjahres der Klassenstufe 6 erfolgen, nach einem einheitlichen Korrekturschlüssel bewertet werden und doppelt in die Halbjahresnote eingehen. Dadurch ist eine stärkere Fokussierung auf den Notendurchschnitt beim Übergang auf die weiterführenden Schulen möglich.

2.2 Stärkung der Säule neben dem Gymnasium

Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, den missverständlichen Begriff der Sekundarschule durch die Bezeichnung „Oberschule“ abzulösen. Damit würde Berlin der Bezeichnung der zweiten Säule neben dem Gymnasium in vielen Bundesländern folgen und zur besseren Vergleichbarkeit der Schulsysteme in den deutschen Bundesländern beitragen. In Sachsen, dem abonnierten Sieger in Bildungsvergleichen, gibt es seit über zwei Jahrzehnten ein Zweisäulenmodell. Dort heißen die Schulen der Schulform neben dem Gymnasium ebenfalls Oberschulen.

Die CDU Berlin setzt sich für eine Senkung der Klassengröße an den Berliner Oberschulen (derzeit: ISS) von 26 auf 24 Schülerinnen und Schüler ein.

Das Ziel der Reform bei der Einführung des Zweisäulenmodells war es, gute Voraussetzungen für ein gemeinsames Unterrichten leistungsschwächerer Schüler und leistungsstärkerer Schüler zu schaffen und sie dadurch erfolgreicher zu Schulabschlüssen zu führen. Es ist kontraproduktiv, wenn sich nun erweist, dass die Klassen z.T. sehr viel größer sind als es vorher an Haupt- und Realschulen üblich war.

Es ist ebenfalls kontraproduktiv, wenn es sich vier Jahre nach der Reform zeigt, dass die beabsichtigte Schülerdurchmischung an den Oberschulen (ISS) nicht durchgängig Realität geworden ist. Stattdessen gibt es eine Kluft zwischen den Oberschulen (ISS), die leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in großem Maße aufnehmen, und den Oberschulen (ISS), an denen sich leistungsschwache Schüler ballen und die erneut drohen, sich zu „Restschulen“ zu entwickeln. Um eine tatsächliche Schülermischung an allen Oberschulen (ISS) zu erreichen, regt die CDU Berlin an, für alle Oberschulen (ISS) ein Zugangsverfahren zu prüfen, das zu einer stärkeren Mischung von leistungsstarken und leistungsschwächeren Schülern führt.

Die CDU Berlin setzt sich außerdem dafür ein, die Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss zu tatsächlichen Abschlussprüfungen in der Jahrgangsstufe 10 der Oberschulen (ISS) zu entwickeln und dem seit Jahren in Berlin zu beobachtenden Niveauverlust entgegenzutreten. Die Berliner Wirtschaft braucht Schulabgänger aus den Klassen 10 der Oberschulen (ISS), die wirklich etwas können. Die aus der Angst vor dem Vergleich mit dem Gymnasium vollzogene Niveausenkung im Abschlussniveau für die Schüler der Jahrgangsstufe 10 der ISS ist dafür hinderlich.

Eine Stärkung der Kooperation mit den erfolgreichen Oberstufenzentren muss das Ziel politischen Handelns für alle Berliner Oberschulen (ISS) sein. Die Politik darf nicht - wider besseren Wissens - die Illusion erzeugen, dass alle Oberschulen (ISS) eine eigene Oberstufe erhalten können.

2.3 Stärkung der Gymnasien

Die CDU ist derzeit die einzige im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretene Partei, die ausdrücklich und uneingeschränkt für die Schulform Gymnasium steht. Die CDU Berlin möchte es den Berliner Gymnasien ermöglichen, deren Erfolgsgeschichte - nämlich vielen Schülern den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, ohne am Leistungskriterium Abstriche vorzunehmen - fortzusetzen. Deshalb unterbreitet die CDU Berlin zur Weiterentwicklung des Berliner Gymnasiums folgende Vorschläge:

Die CDU Berlin setzt sich für eine Senkung der Klassengröße an den Berliner Gymnasien von 29 auf 28 Schüler ein. Gleichzeitig setzt sich die CDU Berlin dafür ein, dass den Berliner Gymnasien in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 mindestens so viele Teilungsstunden wie den Oberschulen (ISS) gewährt werden: So soll der strukturelle Nachteil der Berliner Gymnasien endlich beseitigt werden! Schulpraktiker berichten einhellig, dass das Lernen in kleineren Gruppen für das Erreichen besserer Leistungen, gerade auch in den Naturwissenschaften und Fremdsprachen, enorm wichtig ist. Die CDU Berlin möchte auch den Gymnasiasten die Möglichkeit bieten, durch ein zeitweiliges Lernen in Kleingruppen ihre Leistungen zu steigern.

Die CDU Berlin handelt in der Überzeugung, dass das Gymnasium eine Schulform für viele, aber keine Schulform für „alle“ ist. Das Gymnasium ist die Schule für diejenigen, die schnell, leicht und gern lernen und Leistungsbewertung befürworten. Ziel des Gymnasiums ist das Erreichen der allgemeinen Hochschulreife nach 12 Schulbesuchsjahren und die Vorbereitung auf ein Studium für jeden Absolventen

des Gymnasiums. Vor diesem Hintergrund befürwortet die CDU Berlin für jeden Schüler eine berlinweite Gymnasialplatzgarantie bei entsprechendem Notendurchschnitt. Die Schülerlotterie, mit der derzeit 30% der Plätze an übernachgefragten Gymnasien im Losverfahren vergeben werden, entfällt damit.

Die CDU Berlin möchte allen Gymnasien, die es wollen, die Möglichkeit eröffnen, ab der 5. Klasse ein Lernangebot zu ermöglichen. Auf alle Fälle wird die CDU Berlin, sobald sie die politische Verantwortung für das Bildungsressort trägt, bedarfsgerechte und pragmatische Nachsteuerungsmöglichkeiten für diejenigen Gymnasien schaffen, die schon jetzt Züge ab Klassenstufe 5 führen und deren Anzahl bedarfsorientiert auf- oder abbauen wollen.

Grundsätzlich müssen Gymnasien mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu profilieren und den bis zum Abitur zu bewältigenden Lernstoff besser zu strukturieren. Dazu gehört es, dass die Jahrgangsstufe 10 der Gymnasien - entsprechend den KMK-Vorgaben - als Bestandteil der dreijährigen gymnasialen Oberstufe ausgestaltet wird und nicht bei der Vorbereitung auf das Kurssystem unnötigerweise wertvolle Lernzeit für eine überflüssige, weil auf dem Lernniveau der Gymnasiasten nicht aussagekräftige Prüfung investiert werden muss. Der Mittlere Schulabschluss (MSA) für die Gymnasiasten muss nach Überzeugung der CDU Berlin mit der Versetzung in die Jahrgangsstufe 11 erteilt werden. Parallel dazu muss den Gymnasien die Möglichkeit eingeräumt werden, schulinterne Leistungsüberprüfungen in der Jahrgangsstufe 10 (unter Fortführung z.B. der mündlichen Leistungsüberprüfung in der 1. Fremdsprache und einer Präsentationsprüfung) zu installieren.

Viele Eltern auch von Berliner Gymnasiasten wünschen für ihre Kinder ein pädagogisch wertvolles Ganztagsangebot. Derzeit werden aber nur rund 20% der Berliner Gymnasien dafür die Mittel zur Verfügung gestellt. Die CDU Berlin fordert, dass noch in dieser Legislaturperiode alle vorliegenden Anträge von Gymnasien auf Ganztagsbetrieb genehmigt und finanziert werden.

3. Aufenthaltsqualität in Berliner Schulen verbessern

Mit der Verlagerung der Horte in die Schulen wurden in den Berliner Grundschulen Mensen hergerichtet und Horträume ausgestattet. Die Erwartungen, wie viele Kinder ein Betreuungsangebot annehmen würden, wurden jedoch bei Weitem übertroffen. Im Ergebnis reichen drei Horträume für eine dreizügige Grundschule sowie die Plätze in den Mensen vieler Grundschulen nicht aus; die Essenszeiten beginnen zu früh und enden erst spät. Bei den Oberschulen ist erst ein Teil mit erforderlichen Mensen/Cafeterien ausgestattet; faktisch sind aber vom Umfang des Stundenplans alle Oberschüler ganztägig in der Schule. Die CDU Berlin fordert deshalb eine Schwerpunktsetzung beim Ausbau der Räumlichkeiten für Aufenthalt und Mittagessen in den Berliner Schulen! Die Grundschulen benötigen Erweiterungen ihrer Mensen, damit die Kinder ihr Essen tatsächlich mittags zu sich nehmen können! Auch die Zahl der Betreuungsräume muss erhöht werden. Für jede Oberschule will die CDU Berlin einen Mehrzweckraum, der sowohl für das Mittagessen als auch als Aufenthaltsraum zur Verfügung steht.

Fachkräftemangel stoppen, Berufsausbildung stärken!

Der Fachkräftemangel in Berlin ist groß. Aktuell können in der Hauptstadt nach IHK-Angaben 59.000 Stellen nicht besetzt werden. Zur gleichen Zeit finden viele Studienabgänger keine adäquate Arbeitsstelle. Viele Studenten studieren am Arbeitsmarkt vorbei.

Jahrelange undifferenzierte Forderungen nach einer höheren Studierendenquote haben dazu geführt, dass die Hörsäle aus allen Nähten platzen, während die Unternehmen händeringend nach Auszubildenden suchen und das Image der Berufsausbildung stark gelitten hat. Diesen Umständen wollen wir mit den folgenden genannten Maßnahmen entgegenreten.

Die Berliner CDU fordert den Senat von Berlin dazu auf, sich verstärkt für die duale Ausbildung einzusetzen; dies sollte durch mehrere Maßnahmen geschehen:

1. Imagewandel einleiten und Aufmerksamkeit verstärken

Der Senat soll durch Aktionen an Schulen und Hochschulen, durch die Agentur für Arbeit oder Werbemaßnahmen im öffentlichen Raum für eine positive Darstellung der Berufsausbildung sorgen. Die Berufsausbildung soll als gleichwertige Alternative zu einem Studium dargestellt werden.

2. Schulpraktika entzerren

Die Oberschulen sollen die Zeiträume innerhalb eines Schuljahres, in denen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit für ein verpflichtendes Schulpraktikum haben, flexibilisieren. Flexibilisieren bedeutet, dass die Schulen in Rücksprache mit den Schulämtern der Bezirke, den Zeitraum für die Praktikumszeit der Schule eigenständig festlegen können. Durch diese Anpassung sollen möglichst viele Schülerinnen und Schüler ihren Wunschberuf austesten können. Im Moment versuchen alle Schüler zur gleichen Zeit Praktikantenstellen zu erringen. Dabei käme es auch den Unternehmen entgegen, das geballte Praktikanten-Aufkommen über das Jahr zu entzerren. Dadurch könnten die Unternehmen außerdem mehr Praktikantenstellen anbieten. Schulen, die bisher gar keine schulischen Pflicht-Praktika anbieten, sollen solche verpflichtend einführen.

3. Kooperationen mit Unternehmen ausbauen

Der Senat soll darauf hinwirken, eine zentrale Koordinierungsstelle einzurichten, die alle abgeschlossenen Kooperationen von Schulen mit Unternehmen erfasst und kooperationswillige Schulen und Unternehmen bei der Zusammenfindung unterstützt. Ziel der Koordinierungsstelle muss es sein, die Zahl der abgeschlossenen Kooperationen zu erhöhen.

4. Ausstattung der Oberstufenzentren verbessern

Wir fordern eine bessere finanzielle Ausstattung für die Oberstufenzentren (OSZ) in der Stadt. Gelder könnten z.B. aus ehemaligen Bafög-Mitteln stammen, die nun durch die Kostenübernahme durch den Bund frei werden. Denn nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln kann der schulische Teil der Ausbildung weiterhin ein wertvoller Bestandteil des Ausbildungssystems sein.

5. Ausbildungszeit auf weiterführende Studiengänge anrechnen

Wir fordern den Senat auf, eine Bundesratsinitiative zu prüfen, die die Schaffung einer Möglichkeit zur Anrechnung von Ausbildungszeiten abgeschlossener Ausbildungen auf weiterführende Studiengänge zum Ziel hat, z.B. wenn ein Bankkaufmann BWL studieren möchte. Nur so kann für die kommenden Generationen eine größtmögliche Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen geschaffen werden.

6. Niveau von Schulabschlüssen erhalten und nicht absenken

Der Senat hat in diesem Jahr die Kriterien für das Erreichen eines Schulabschlusses weiter abgesenkt. Die Durchschnittsnote „Vier“ genügt nun für den Mittleren Schulabschluss (MSA), selbst eine „Sechs“ ist erlaubt. Zusätzlich zum Mittleren Schulabschluss wurden die Kriterien für den Übergang auf das Gymnasium abgesenkt. Die Abschlüsse werden dadurch nicht aufgewertet, sondern abgewertet. Im schlimmsten Fall wird der MSA derart entwertet, wie es früher die Hauptschule erlebte. Folge kann in vielen Fällen sein, dass Schüler in Berlin die Berufsbildungsreife attestiert bekommen, sie aber dann in den Unternehmen scheitern oder auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können. Fachkarrieren werden so nicht begründet, sondern behindert. Deswegen dürfen die Abschlusskriterien nicht weiter abgesenkt und sollten punktuell wieder auf das bisherige Niveau angehoben werden.

Interesse und Verständnis für das Arbeitsleben in den Berliner Schulen erhöhen

Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, dass in allen Berliner Oberschulen die Einführung mindestens eines Praktikums in den Klassenstufen 8-10 verbindlich vorgegeben wird. Das Praktikum soll in unterschiedlichen Arbeitsbereichen (z.B. Handwerk, Unternehmen oder Behörde) abgeleistet werden. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird aufgefordert, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. An die regionale Wirtschaft appellieren wir, ausreichend Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen.

Berlin und Brandenburg als gemeinsame Berufsausbildungsregion betrachten

Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, die Kooperation der Länder Berlin und Brandenburg in Fragen der Berufsausbildung zukünftig zu erhöhen. Der Landesvorstand der Berliner CDU und die Fraktion im Abgeordnetenhaus werden gebeten, die Bemühungen der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit zu unterstützen, um damit die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der Region zu verringern. Insbesondere ist es notwendig, mit dem Land Brandenburg Regelungen über die gegenseitige Nutzung von Berufsschulen für Schülerinnen und Schüler des jeweils anderen Landes zu erreichen, um so die Attraktivität für Ausbildungsplätze im Berliner Umland für Berlinerinnen und Berliner zu erhöhen.

Echte Wahlfreiheit zwischen Beschulung in Integrationsschulen und Förderzentren garantieren!

Den Schulbetrieb nur unter rein finanziellen Aspekten umorganisieren zu wollen und damit den Anschein zu erwecken, auch oder gerade jedes Kind individuell und ohne jegliche Diskriminierung fördern zu können, kann dem Anspruch auf Inklusion keinesfalls gerecht werden. Inklusion muss das Ziel sein, der Weg dahin muss die frühestmögliche individuelle, bedarfsgerechte Förderung sein.

Der Senat von Berlin wird daher aufgefordert, das bewährte und ausdifferenzierte System der sonderpädagogischen Förderung in der Berliner Schule, den Förderbedürftigen frühestmöglich spezialisierte Unterstützung zuteil werden zu lassen, wieder herzustellen bzw. nicht weiter auszuhöhlen.

Eine erfolgreiche individuelle Förderung benötigt:

- Frühzeitige Diagnostik
 - Sonderpädagogische Förderung durch Sonderpädagogen ab Klasse 1 (in kleinen Förderklassen)
 - Echte Wahlfreiheit für Eltern und Kinder zwischen Beschulung in Integration/Inklusion und Sonderpädagogischen Förderzentren
-

Beibehalt der Feststellungsdiagnostik vor dem Einschulungstermin!

Ab dem Schuljahr 2016/17 soll nach Senatsvorlagen die Feststellungsdiagnostik für Sprach-, Lern- und Verhaltensschwierigkeiten vor der Einschulung entfallen. Das bedeutet, dass Kinder mit notwendigem Förderbedarf zunächst gemeinsam mit allen übrigen Schulanfängern eingeschult werden, und ihr besonderer Förderbedarf erst – und wenn überhaupt – im Laufe ihrer Schulzeit diagnostiziert wird. Ein solch spät diagnostizierter Förderbedarf führt dazu, dass Kinder mit Sprach-, Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten früh Schulprobleme bekommen, die sie während ihrer ganzen Schulzeit belasten.

Unsere Forderung an den Senat lautet daher, die Feststellungsdiagnostik vor(!) dem Einschulungstermin unbedingt beizubehalten.

UN-Behindertenrechtskonvention in Berlin umsetzen - Rechte von Menschen mit Behinderungen im Gesetzgebungsverfahren und im Verwaltungshandeln im Land Berlin verwirklichen

Die CDU Berlin spricht sich dafür aus, die UN-Behindertenrechtskonvention im Land Berlin vollständig und nachhaltig umzusetzen und daher im Land Berlin bei allen Gesetzgebungsverfahren und im Verwaltungshandeln in den Senatsverwaltungen und allen Bezirksamtern die Belange von Menschen mit Behinderung im Sinne einer Querschnittsaufgabe vorab und unter Einbindung der Betroffenen auszuloten und zu berücksichtigen.

Die CDU-Mitglieder des Senats von Berlin werden beauftragt, sich in der Landesregierung für die rechtsverbindliche Einführung eines Prüf- und Beteiligungsverfahrens bei der Gesetzgebung und im Verwaltungshandeln einzusetzen.

Die Fraktion der CDU im Abgeordnetenhaus von Berlin wird aufgefordert, ebenfalls die dafür notwendigen Schritte zu unternehmen.

Mehr Sicherheit auf den Bahnhöfen und in den Zügen der Berliner S-Bahn und der Regionalbahn

Die CDU Berlin setzt sich daher dafür ein, dass in den Zügen der S- und Regionalbahn sowie der dazugehörigen Bahnhöfe flächendeckend eine Videoaufzeichnung erfolgt. Hierbei soll auf die eindeutig positiven Erfahrungen der BVG zurückgegriffen werden, die durch den Einsatz der entsprechenden Technik einen nennenswerten Beitrag zum Sicherheitsempfinden der Fahrgäste, der objektiven Sicherheitslage sowie der Verbrechensaufklärung geleistet hat.

Bei der Erteilung des Zuschlages für den derzeit ausgeschriebenen Teil des S-Bahn-Netzes und bei künftigen Ausschreibungen ist dies zu berücksichtigen.

Bezüglich des Regionalverkehrs ist mit den jeweiligen Betreibern mit dem Ziel, eine vergleichbare Lösung zu finden, in Verhandlungen zu treten. Die Bahnunternehmen sollen, so wie bei den Fahrzeugen der Berliner BVG, die Videotechnik in gleichem Umfang einführen.

Für die Berliner CDU ist von jeher die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig.

Durch die weitreichende Ausstattung der BVG mit Videotechnik ist es erkennbar gelungen, die objektive Sicherheitslage zu erhöhen, die Fahrgäste fühlen sich sicherer. Zudem konnte eine Vielzahl von im Bereich der BVG verübten Straftaten – teilweise auch mit breiter Resonanz in den Medien – aufgeklärt werden.

Die BVG ging damit den richtigen Weg, um im Bereich der Prävention und Aufklärung, mit moderner Technik, hier mit der Videoaufzeichnung, die Sicherheitslage in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erhöhen.

Diese Erkenntnisse sollten auch in den Bereich der Berliner S-Bahn und der Regionalbahnen Einzug finden. Auch hier haben die Fahrgäste den gleichen Anspruch auf sichere Beförderung und Aufklärung gegen sie verübter Straftaten.

Hierzu sollen schnellstmöglich die entsprechenden Verhandlungen aufgenommen werden.

Berlin konsumiert bewusst

Das Land Berlin möge geeignete Maßnahmen ergreifen, um Berlin zur Hauptstadt des bewussten Konsums zu entwickeln. Angesichts des Bedürfnisses vieler Menschen, nachhaltig zu konsumieren und unter Berücksichtigung eines globalisierten Welthandels sollten wir uns bei allen Konsumententscheidungen auch mit den Folgen auseinandersetzen können und unsere Möglichkeiten auf allen Ebenen nutzen. Dies

entspricht nicht nur unserem christlichen Menschenbild, sondern bietet auch die Chance unsere Grundhaltung in aktives Handeln umzusetzen.

Maßnahmen für diese Entwicklung können zum Beispiel sein:

- Ausbreitung des Fair Trade Town-Anspruches auf alle Bezirke, das heißt, dass die Kommune nachweislich bestimmte Kriterien erfüllen muss, die ihr Engagement für den Fairen Handel manifestieren.
- Verpflichtung der öffentlichen Verwaltung zur Verwendung regionaler Produkte
- Entwicklung von Informationshilfen für bewussten Konsum, z.B. Infokampagnen zu Themen wie regionaler Wertschöpfung, Berechnung des „CO₂-Fußabdrucks“ über die Wertschöpfungskette („carbon footprint initiative“), Anpflanzen von Obstbäumen statt Parkbäumen („eatable city“)

Einrichtung einer Koordinierungsstelle für das „Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt“

Menschen jeden Alters und Geschlechts vor sexueller Gewalt zu schützen, welche vom Anfertigen von pornographischen Bildern, bis hin zu schwerem sexuellen Missbrauch reicht, stellt die zuständigen Akteure vor große Herausforderungen. Um diese Herausforderungen wirksam anzugehen, wurde im Sommer 2012 unter Federführung der Gesundheitsverwaltung das **„Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt“** eingerichtet. Dieses bundesweit bislang einmalige Modellprojekt (unter Schirmherrschaft der früheren Bundestagspräsidentin Dr. Rita Süßmuth) ist ein interdisziplinäres, ressort- und institutionenübergreifendes Bündnis unterschiedlichster Akteure, die im Themenfeld der sexualisierten Gewalt tätig sind. Die Hauptziele des Netzwerks bestehen darin, im Land Berlin den Schutz von Betroffenen – sowohl was die Prävention, als auch was die Intervention sexueller Gewalt betrifft – zu verbessern und ihre gesundheitliche und psychosoziale Versorgung zu gewährleisten. Daneben soll die Kooperation aller Mitglieder des Netzwerks den Abbau von Doppelstrukturen ermöglichen, so dass Arbeitsressourcen in diesem Bereich effizienter eingesetzt werden können. Im Laufe des letzten Jahres wurde von allen Beteiligten ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, welcher eine Bestands- und Bedarfsanalyse zum Themenkomplex „Sexuelle Gewalt“ enthält und so bald wie möglich dem Senat zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Wenn dieser Schritt vollzogen ist, können die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Leider fehlt es dem Berliner Netzwerk bislang an einer dringend benötigten zentralen Koordinierungsstelle. Hier gilt es, schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen und eine solche in der Gesundheitsverwaltung als der federführenden Stelle einzurichten, sowie die für ihre Arbeit erforderliche personelle und finanzielle Ausstattung sicherzustellen.

Erst wenn dies erfolgt ist, kann das Land Berlin auch weiterhin seiner bundesweiten Vorreiterrolle bei dieser Thematik gerecht werden.

Die Berliner CDU fordert den Senat von Berlin daher dazu auf, eine Koordinierungsstelle für das „Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt“ einzurichten.

Bei Planung und Bau der S-Bahnlinie 21 den Bahnhof „Reichstag“ errichten

Der CDU Landesparteitag Berlin fordert die zuständigen Stellen von Bund, Berlin und Deutscher Bahn auf, bei der Planung und dem Bau der künftigen S-Bahnlinie 21 einen Bahnhof „Reichstag“ zu errichten. Bei der neuen Trasse der Berliner S 21 vom Hauptbahnhof abgehend in südliche Richtung sind die entsprechenden Planungen dahingehend anzupassen, dass der Bau des Bahnhofes „Reichstag“ erfolgen wird. Die Planungsbehörden des Bundes und des Landes Berlin haben diesen Bahnhof künftig in ihre entsprechende Vorhabenplanung aufzunehmen.

Privaten Einbruchsschutz steuerlich fördern

Die Berliner CDU fordert die Gremien der Partei auf, die steuerliche Absetzbarkeit von mechanischen und elektronischen Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung von Wohnungs- und Hauseinbrüchen zu verbessern, um das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gegen die Zunahme der Einbruchskriminalität zu unterstützen. Insbesondere wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebeten, die im Regierungsprogramm der Union für 2013-2017 geforderten steuerlichen Anreize für Investitionen in die Sicherheit der eigenen vier Wände durch geeignete Initiativen umzusetzen

Schaffung einer digitalisierten und papierlosen Verwaltung durch Einführung der E-Akte

Eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung. Die Berlinerinnen und Berliner sollen auch in Zukunft von einer funktionierenden und effektiv arbeitenden Verwaltung moderne Dienstleistungen erhalten können. Berlin ist auf der einen Seite „digitaler Trendsetter“ – auf der anderen Seite aber häufig noch administriert nach den Verwaltungsabläufen des Kaiserreiches.

Wenn Berlin zukünftig moderne Verwaltungsdienstleistungen anbieten will, muss es seine Verwaltung konsequent digitalisieren. Die Berliner Verwaltung braucht digitale Leitprojekte mit klar erkennbarem Bürgernutzen. Die bestehenden Onlineverfahren müssen weiter konsequent und medienbruchfrei ausgebaut werden.

Ziel ist, dass ein Großteil der Prozesse zwischen Bürgerinnen und Bürger und Staat online ausgetragen werden können, z.B. die An- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen, die Beantragung von Anwohnerparkausweisen, Beihilfeanträge etc. Derartige Online-Verfahren entlasten die Verwaltung und ersparen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen zeitraubende Termine mit langen Wartezeiten auf den verschiedenen Ämtern. Berlin muss daher zum sogenannten „*One-Stop-Government*“ werden.

Die Einführung der E-Akte ist die Voraussetzung einer digitalisierten Verwaltung – kurz: Ohne E-Akte keine digitale Verwaltung! Die E-Akte muss daher die höchste Priorität bei allen Bestrebungen zur Modernisierung der Berliner Verwaltung haben, da sie die digitale Grundlage für alle weiteren Vorhaben setzt.

Die zu erwartenden Einsparmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen im Verwaltungshandeln lassen sich zwar nicht durch die E-Akte direkt, aber durch die Einführung einer elektronisch möglichen Bearbeitung der Verwaltungsvorgänge erreichen. Die bisher erreichten Effizienzgewinne der E-Akte liegen zwischen 5% in Österreich und 10% in Dänemark.

Bei der E-Akte dürfen allerdings nicht nur Effizienzgewinne im Vordergrund stehen, sondern auch die Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Auflösung der zunehmenden Arbeitsverdichtung etwa durch die Vereinbarkeit und Familie und Beruf oder durch die Möglichkeit des mobilen Arbeitens). Durch diese E-Vorgangsbearbeitung erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen papierlosen Zugang zu allen erforderlichen Informationen, die der Verwaltung vorliegen und zur Bearbeitung des einzelnen Vorgangs erforderlich sind. Die Arbeit wird effektiver und kann - im Idealfall für Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern – online erledigt werden.

Das Land Berlin muss die Finanzierung dieses essentiellen Projektes sicherstellen und der Senat damit die Koalitionsvereinbarung umsetzen!

Die CDU Berlin fordert den Senat von Berlin auf, die Finanzierung einer flächendeckenden Einführung einer Elektronischen Akte (E-Akte) in der Berliner Verwaltung sicherzustellen und so die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag umzusetzen.